

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 12, 12. Juni 2003

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 4611 62 49
Blz: 100 500 00/Kto-Nr. 0670017787

Einblicke

Späte Erkenntnis

Von Helmut Lölhöff

Bremen ist ein Einzelfall. Nicht bedrohlich, aber beachtenswert. Denn wieder sitzt ein DVU-Mann in der Bremer Bürgerschaft. Schon seit Jahren ist das so. Beinahe stellt sich ein Gewöhnungseffekt ein, der das Abschneiden der Rechts-extremen bei der Landtagswahl als harmlos erscheinen lässt. Dass außerdem die rechtslastige Schill-Partei den Sprung in das Bremer Parlament verpasste, trägt noch mehr dazu bei, die Augen zu verschließen. Insgesamt sammelte die DVU im Wahlgebiet 6 642 Stimmen und 12 876 Bremerinnen und Bremer wählten die Partei des Hamburger Innensensors Ronald Schill, der aus dem Stand auf 4,4 Prozent kam, in Bremerhaven allein sogar auf 4,8 Prozent, und damit die Hürde zum Einzug in die Bürgerschaft nicht weit verfehlte.

In Bremen und Bremerhaven gibt es bei 480 000 Wahlberechtigten also fast 20 000 stramme Rechtsaußen-Wählerinnen und -wähler. Wie immer reagieren die etablierten Parteien geschockt und entsetzt: „Wir müssen an die Wählerschichten ran, die diese Parteien wollen“, erklärte Bremerhavens oberchlauer SPD-Oberbürgermeister. Warum kam ihm diese Erkenntnis erst nach der Wahl? Und aus der in großer Koalition mitregierenden CDU war zu hören, der Bremer Innensensor Kuno Böse sei mitverantwortlich nicht nur für da schwache Abschneiden seiner Partei, sondern auch für den Zuwachs rechtsaußen. War Böse nun zu konturlos gegen rechts oder war er zu wenig rechts? Darüber stritten sich die Christdemokraten und schickten ihn fort.

Bremen taugt nicht zu übertriebenen Warnungen vor einem erneuten Anschwellen der rechten Gefahr. Aber das Wahlergebnis führte uns erneut vor Augen: Es gibt ein unübersehbar hohes Potenzial rechtsextremer Wählerinnen und Wähler. Und wieder einmal haben die großen Parteien verpasst, sich rechtzeitig darum zu kümmern. Nun reiben sie sich erstaunt die Augen. Bis zum nächsten Mal.

Rechtswählerpotenzial

Die DVU war in Bremerhaven in Stadtteilen erfolgreich, in denen viele Sozialhilfempfänger und Arbeitslose leben.

Seite 3 ■

Gewaltverherrlichung

Der Satanist und Neonazi Hendrik Möbius wurde erneut zu einer Freiheitsstrafe verurteilt.

Seite 4 ■

Sympathisantenkreise

Ein zahlreicher Attentate verdächtiger US-amerikanischer Rechtsextremist konnte fünf Jahre lang untertauchen.

Seite 5 ■

Auf dem Weg zur Macht

In Belgien wird die extreme Rechte offensichtlich salonfähig.

Seite 6 ■

Legendenstrickung

Die Ehrung von vier Offizieren in Buxtehude jüngst als Widerstandskämpfer wirft erhebliche Zweifel auf.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund

Ungesühntes Blutbad

60 Jahre nach dem Morden werden neue Ermittlungen wegen Wehrmachtsverbrechen in Griechenland aufgenommen.

„Es soll mir keiner durchrutschen“, sagt Oberstaatsanwalt Ulrich Maaß. Er meint damit etwa 4000 ehemalige Angehörige der Deutschen Wehrmacht, die im September 1943 bei einem der grausigsten Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkriegs mitgemacht haben. Es geht um den Tod von mindestens 3760 und höchstens 5326 italienischen Soldaten und Offizieren, die von deutschen Wehrmachtsangehörigen auf der griechischen Insel Kephallonia erschossen oder totgetreten worden sind. Das Verbrechen hat bereits 1945/46 das internationale Militärtribunal in Nürnberg beschäftigt. Auch die italienische Justiz ist den mutmaßlichen Mördern schon früh auf der Spur gewesen. Doch der Kalte Krieg verhinderte konstruktive Recherchen. Der Westen wollte einen deutschen Wehrbeitrag. In diese Politik passte es nicht, gegen ehemalige Wehrmachtsangehörige zu ermitteln oder sie gar anzuklagen. Erst in den 90er Jahren geriet die Justiz in Rom unter öffentlichen Druck, endlich etwas zu tun. Es fanden sich Tausende von Akten. Auch waren inzwischen zahlreiche Erinnerungen von Überlebenden des Massakers erschienen.

In der Bundesrepublik stellte die zuständige Dortmunder Staatsanwaltschaft für die Aufklärung von NS-Verbrechen außerhalb von Lagern die Ermittlungen allerdings ein. Man könne keine Beschuldigten finden. Behördenleiter war damals Oberstaatsanwalt Klaus Schacht. Zuständig auch für Ermittlungen wegen Verbrechen in Theresienstadt, zeichnete er sich freilich nicht durch Eifer und Aktivitäten aus. Das kann man von seinem Nachfolger Ulrich Maaß nicht sagen. Der Mann will erreichen, dass der Massenmord möglichst doch noch gesühnt wird. Auf der Frage der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ), mit wie vielen Angeklagten er rechne, antwortete Maaß: „Zehn plus minus.“

Dabei geht es um Grausamkeiten und ehrloses Verhalten deutscher Offiziere und Soldaten, die selbst während des Zweiten Weltkrieges kaum ihresgleichen haben. Nach der Kapitulation von Hitlers Bündnispartner Italien im September 1943 wurde die italienische Armee entwaffnet. Das hätte ein

normaler Vorgang werden können, doch Hitler wollte sich für den „Verrat“ des „Achsenpartners“ rächen. Wer sich weigerte, seine Waffen abzugeben, sollte erschossen werden. Eine große italienische Einheit war damals auf Kephallonia stationiert, einer strategisch wichtigen griechischen Insel im Ionischen Meer. Dort weigerten sich viele Soldaten, ihre Waffen deutschen Gebirgsjägern auszuhändigen. Daraufhin richtete die Gebirgsjäger ein Blutbad an. Sie metzelten um die 5000 ehemals Verbündete einfach nieder.

„Gefangene“, so der deutsche Kommandeur des Gebirgsjägerbataillons 54, Waldemar Taudtmann, „werden keine gemacht. Alles was vor die Mündung kommt, wird umgelegt“, dokumentiert Gerhard Schreiber das Verbrechen in dem soeben von Gerd R. Ueberschär vorgelegten Band „Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg“. Ein Gebirgsjäger erinnert sich an Einzelheiten. „Die Italiener liefen auf uns zu. Sie wollten nicht mehr kämpfen, und jetzt entschied ein Unteroffizier, ob jemand leben sollte oder nicht. Du wirst das tragen und Du jenes und so wurden 5 oder 6 oder 10 zum Leben begnadigt, weil sie die Soldaten beim Tragen der Waffen unterstützen sollten und die anderen wurden erschossen.“ (ebd.) Ein weiterer Zeuge kann die Ermordung von italienischen Artilleristen nicht vergessen. „Erschossen, erschlagen und von den Bergschuhen zertreten, liegen die Männer der Geschützbedienung in ihrer Stellung. Es muss vor wenigen Minuten geschehen sein. Unter den blutüberströmten Leibern zuckt und atmet noch einer, bei einem anderen liegen die Augen neben dem flach getretenen Schädel.“ (ebd.) Maaß hat inzwischen von den etwa 4000 Wehrmachtsangehörigen, die als Täter oder Zeugen in Frage kommen, 3000 ermittelt. Wie viele von ihnen leben, weiß er noch nicht. Er schätzt die Zahl auf „12 bis 20 Prozent“, sagte er der SZ.

Bei den bisher Vernommenen ist Maaß eines aufgefallen: Die alten Krieger scheinen noch immer untereinander Kontakt zu haben. Ihre Aussagen stimmen oft wörtlich überein. Sie haben sich also abgesprochen. Diese Beobachtung haben viele Ermittler und Gerichte gemacht, wenn es um NS-Verbrechen ging und geht. Die Männer wissen durchaus, dass sie sich schuldig gemacht haben, decken sich aber gegenseitig und nennen als Verantwortliche stets jene, die nicht mehr leben. Ob es noch zu Hauptverhandlungen kommen wird, kann derzeit niemand sagen. Aber es bewegt sich etwas – 60 Jahre nach dem Morden. *Heiner Lichtenstein*

Hintergrund

Protestpotenzial

Die DVU hält ihren Sitz in der Bremer Bürgerschaft. Erfolge gab es für die rechtsextremen Parteien vor allem bei den Beiratswahlen auf Stadtteilebene.

Ein donnernder Schuss in den Ofen: Die Deutsche Partei beabsichtigte, die Bürgerschaftswahl in Bremen am 25. Mai zu einem Triumphzug werden zu lassen und „gestärkt auf dieser Basis“ danach bundesweit in die Vollen zu gehen. „Den Neuanfang für die ganze Republik wollen wir in Bremen beginnen“, hatte der DP-Bundesvorsitzende Heiner Kappel im Vorfeld angekündigt. Doch aus diesen hochtrabenden Plänen wurde im Endeffekt nichts: Die für die DP abgegebenen Stimmen bewegten sich im unteren Promillebereich; in Bremerhaven wurde sie aufgrund fehlender Unterstützungsschriften noch nicht einmal zur Wahl zugelassen. Überraschend gut schnitt dagegen die Schill-Partei ab. In der Stadt Bremen entschieden sich 10 452 Wähler beziehungsweise 4,2 Prozent für die Partei des Hamburger Innensenators Ronald B. Schill. Hier wurde die Schill-Partei zur viertstärksten politischen Kraft, noch vor der FDP. In der Stadt Bremerhaven machten 2215 Menschen ihr Kreuz bei der Schill-Partei; das entspricht 4,8 Prozent. Nur wenige Stimmen hätten gefehlt und ihr wäre der Einzug in das Landesparlament gelungen.

Dann hätte die Schill-Partei dort mit ihrem Bremerhavener Spitzenkandidaten Thomas Schulz dem Rechtsausleger Siegfried Tittmann Gesellschaft leisten können. Der Bremerhavener Tittmann, von Beruf kaufmännischer Angestellter, gehört seit 1999 für die rechtsextreme DVU des „National-Zeitungs“-Verlegers Gerhard Frey der Bürgerschaft an. Außerdem amtiert er seit 1991 als Vorsitzender der drei-köpfigen DVU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven. Bei der jetzigen Bürgerschaftswahl konnte die DVU ihr Ergebnis in Bremerhaven noch deutlich verbessern. 1999 hatte sie dort 6 Prozent der Stimmen geholt; 2003 waren es 7,1 Prozent (konkret: 3266 Stimmen). Damit überrundete die rechtsextreme Partei auch die FDP und reihte sich als viertstärkste Partei Bremerhavens ein. In der Stadt Bremen kam die DVU auf 1,4 Prozent, im Vergleich zu 1999 ein Minus von 1,1 Prozent. Für Gerhard Frey war das Abschneiden im kleinsten Bundesland

Grund genug, um seiner Partei die Teilnahme an der Europawahl im Juni 2004 zu „empfehlen“.

Ein Blick auf die Wahlbezirke zeigt, dass die DVU in erster Linie in denjenigen Stadtteilen Bremerhavens erfolgreich war, in denen besonders viele Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose wohnen. In der Seestadt sind überdurchschnittlich viele Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen und auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen. Die Forschungsgruppe Wahlen (Mannheim) merkte dazu an, dass die DVU „bei Arbeitern und Angestellten einen Großteil des Protestpotenzials abgeschöpft“ habe. Ein Viertel der Arbeitslosen, die überhaupt von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, votierten für die DVU. Und in der Gruppe der jungen Männer mit Hauptschulabschluss fuhr die Frey-Partei bis zu 30 Prozent der Stimmen ein.

■ „Mehr Geld für Bremerhaven“ ■

In ihrem Wahlkampf hatten Tittmann und Co. auf öffentliche Auftritte weitgehend verzichtet und stattdessen auf eine massive Plakatierung mit Parolen wie „Weniger Geld ins Ausland – mehr für Bremerhaven“ gesetzt. Damit wurden anscheinend Wähler dazu motiviert, ihren sozialen Protest durch eine Stimmabgabe für die DVU auszudrücken. Von einer rechtsextremen Szene im klassischen Sinne kann im 119 000 Einwohner zählenden Bremerhaven hingegen wohl kaum die Rede sein, obwohl für die Rechtsparteien rund 5500 Stimmen abgegeben wurden. Weder eine Skinhead-Szene ist bislang in Erscheinung getreten, noch gab es in jüngster Zeit polizeilich gemeldete ausländerfeindliche Attacken. Oberbürgermeister Jörg Schulz (SPD) zeigte sich vom Resultat für die DVU betroffen. Er will nun stärker in den „anfälligen“ Stadtteilen mit den Bürgern ins Gespräch kommen.

Parallel zur Bürgerschaftswahl wurden in Bremen auf Stadtteilebene Beiratswahlen abgehalten. Auch bei diesem Urnengang konnten Schill-Partei und DVU frohlocken. Die Schill-Partei eroberte jeweils einen Sitz in den Beiräten von Findorff, Hemelingen, Horn-Lehe, Osterholz und Obervieland. In Blumenthal reichte das Resultat von 10,80 Prozent sogar für zwei Sitze. Und die DVU rutschte in die Beiräte von Woltmershausen, Vahr, Osterholz und Huchting. Die Republikaner spielten zumindest bei der Beiratswahl im Stadtteil Walle eine kleine Rolle. Dort eroberten sie mit 3,1 Prozent der abgegebenen Stimmen sogar einen Sitz. *Thomas Klaus*

Aktivitäten**Satanisten-Kult**

Der Neonazi Hendrik Möbius will von seiner braunen Vergangenheit plötzlich nichts mehr wissen.

Vier Jahre Haft lautet das Urteil, das das Erfurter Landgericht gegen den 27-jährigen Hendrik Möbius verkündete. Der junge Mann wurde der Verunglimpfung Verstorbener, Volksverhetzung und Gewaltverherrlichung schuldig gesprochen worden. Sein 31-jähriger Bruder Ronald Möbius erhielt wegen der gleichen Delikte eine Bewährungsstrafe von zwei Jahren.

Nach Ansicht des Gerichts haben die Möbius-Brüder seit Anfang 1998 einen Versandhandel für Tonträger und Zeitschriften rechtsextremen Inhalts geführt. Auch die in Neonazikreisen sehr beliebten Kleidungsstücke mit NS-Kennzeichen wurden dort verkauft. In das Strafmaß flossen auch zwei Freiheitsstrafen mit ein, die schon vorher von einem Eisenacher und einem Berliner Gericht verhängt worden waren. Dort wurden die Brüder wegen dem Vertrieb von Musikkassetten mit Titeln wie „Waffen-SS“ und dem Verkauf von rechten Fanzines mit antisemitischem und gewaltverherrlichendem Inhalt verurteilt.

Hendrik Möbius nahm das Urteil ungerührt hin. Schließlich hat er schon einschlägige Erfahrungen mit langjährigen Gefängnisaufenthalten gesammelt. Er geriet 1993 bundesweit in die Schlagzeilen, als er gemeinsam mit zwei Freunden in Sondershausen den 15-jährigen Sandro Beyer mit einem Stromkabel erdrosselte. Der hatte sich bei der Jugenddeliquenz um Möbius verhasst gemacht, weil dieser sich über satanistische Rituale lustig gemacht hatte. Doch auch politische Motive spielten bei dem Fall von Anfang an eine Rolle. Sandro Beyer bezeichnete sich selber als links, während Möbius und seine Freunde sich damals schon diffus als rechts verorteten und mit dem Satanismus liebäugelten. So sprachen die Medien dann auch hauptsächlich vom „Satansmord von Sondershausen“ und blendeten die politischen Hintergründe weitgehend aus.

Doch erst in der Haft bastelte Hendrik Möbius an seinem Kultstatus in der Neonazi- und Satanistenszene. „Wir glauben, dass der Nationalsozialismus die perfekte Synthese von luziferischem

Machtwillen und neoheidnischen Prinzipien und Symbolen ist“, erklärte er. Noch in seiner Haftzeit erschien unter dem Titel „Thüringer Heidenwahn“ eine Kassette mit Songs von Hendrik Möbius' Band „Absurd“. Illustriert war sie mit dem Grabstein von Sandro Beyer.

Nach seiner vorübergehenden Haftentlassung im Jahr 1998 versuchte Hendrik Möbius mit seinem Bruder „die Black-Metal-Szene nazimäßig zu organisieren“, heißt es in einem von Frank Nordhausen und Liane von Billerbeck verfassten Buch, das sich ausführlich mit den rechten Kontakten der beiden befasst. Demnach waren ihre Bemühungen nicht erfolglos. Zu dieser Zeit tauchten Black-Metal-Fans auf Konzerten mit T-Shirts auf, auf denen SS-Runen oder der Spruch „I killed Sandro. B.“ prangte. Hendrik Möbius hat sich immer wieder mit dem Mord gebrüstet und ihn selbst in einen politischen Zusammenhang gestellt. So äußerte er sich in einem aus dem Gefängnis geschmuggeltem Interview über sein Opfer: „Sandro Beyer, dieser linksradikale Blödmann hat monatelang versucht, bei uns mitzumachen, doch wegen seiner negativen Ausstrahlung haben wir ihn abgewiesen“. Später wurde er deutlicher: „Ich weiß ja nicht, ob man in der Nazizeit bestraft worden wäre, wenn man Volksschädlinge unschädlich gemacht hätte“, rechtfertigte er öffentlich seine Tat.

Das war selbst einigen seiner rechten Kumpane zu viel. So bekam er wegen seiner offenen Worte Ärger mit Neonazis in den USA. Dorthin war Möbius geflohen, als er wegen seiner ständigen Verstöße gegen die Bewährungsaufgaben die restliche Haftstrafe absitzen sollte. Mehrere Wochen fand er auf dem Anwesen des mittlerweile verstorbenen Neonazianführers William Pierce Unterschlupf, wo er im August 2000 auch festgenommen und bald danach wieder nach Deutschland abgeschoben wurde. Bis heute wollen die Gerüchte nicht verstummen, die eigenen Gesinnungskumpane hätten den Aufenthaltsort von Möbius bekannt gemacht.

Vor der erneuten Verurteilung wollten die Möbius-Brüder plötzlich mit ihrer braunen Vergangenheit nichts mehr zu tun haben. Hendrik Möbius hat Antrag auf eine Sozialtherapie gestellt. Beobachter sehen hierin vor allem eine prozesstaktische Distanzierung. Schließlich hat Ronald Möbius noch vor Monaten im Internet damit geworben, dass er CDs der Neonaziband seines Bruders sowie der indizierten Bands „Angry Aryans“ und „Legion of Thor“ vermitteln könne.

Peter Nowak

Ausland

„Einsamer Wolf“

Dem verhafteten Eric Rudolph droht wegen der ihm zur Last gelegenen Verbrechen möglicherweise die Todesstrafe.

In einem unspektakulären Ende einer der aufwändigsten Polizeiermittlungen in der Geschichte der USA wurde in der Nacht vom 30. auf den 31. Mai der Rechtsextremist Eric Robert Rudolph im Ort Murphy im ländlichen West des Staates North Carolina verhaftet. Rudolph, 36, wird verdächtigt, im Jahre 1996 einen Bombenanschlag auf den Olympiapark in Atlanta sowie weitere Bombenattaken auf zwei Abtreibungskliniken und eine Homosexuellen-Bar verübt zu haben. Bei diesen Anschlüssen wurden insgesamt zwei Personen getötet und über 120 Personen zum Teil schwer verletzt.

Seit 1998 stand Eric Rudolph auf der Liste der zehn Meistgesuchten des FBI. Erst zu diesem Zeitpunkt galt der Armeeveteran als Hauptverdächtiger für den verheerenden Anschlag auf den Centennial Olympic Park am 27. Juli 1996. Rudolph wurde hinter einem Supermarkt wegen des Verdachts auf Einbruch verhaftet, ohne dass die Polizisten eine Ahnung hatten, wem sie die Handschellen angelegt hatten. Erst auf der Polizeiwache erkannte ein Polizist Rudolph auf einem FBI-Poster wieder.

Es wird vermutet, dass Rudolph nur deshalb fünf Jahre lang unentdeckt bleiben konnte, weil sympathisierende Bürger ihm geholfen haben. Dafür sprechen auch seine saubere Kleidung und seine akkurat geschnittenen Haare bei der Festnahme. Sogar eine saftige Belohnung von einer Million Dollar, die vor allem unter Jägern vor jeder Jagdsaison in North Carolina in eigens vom FBI einberufenen Versammlungen ausgelobt wurde, führte nicht zur Ergreifung Rudolphs. Das unwegsame westliche North Carolina ist seit jeher ein Magnet für Rechtsextremisten. Neben einer Reihe von Milizen hatte sich auch der Gründer der Church of the Creator, Ben Klassen, in den 70er Jahren auf einem Anwesen im Örtchen Otto an der Grenze zu Georgia niedergelassen.

Bereits als Teenager in Missouri begann Eric Rudolph sich der rassistischen und antisemitischen Christian Identity-Ideologie zu verschreiben. Nach Christian Identity sind „Arier“ die Nachkommen

der verlorenen Stämme Israels und somit von Gott Erwählte, während „Nicht-Weisse“ als mud-people, also „Schlamm-Menschen“ bezeichnet werden, da sie in einer ersten Schöpfung, die Gott später missfiel, aus Erde geformt worden seien. Juden sind hiernach direkte Nachfahren Satans durch eine Verbindung mit Eva im Garten Eden (in Gestalt der Schlange) und auf der Erde, um die göttliche „arische Rasse“ nach einem teuflischen Plan zu vernichten. Bereits in der High School soll Rudolph in einem Aufsatz den Holocaust geleugnet haben. Von 1987 bis 1989 diente er in der US-Armee, wurde aber wegen Marihuanakonsums entlassen. Nach Angaben seiner Schwägerin führte der Christian Identity-Anhänger kein besonders keusches Leben. Nachdem er sich als Tischler in North Carolina niedergelassen hatte, verdiente sich Rudolph demnach bis zu 60 000 Dollar jährlich nebenher durch Anbau und Verkauf von Marihuana. Seine Paranoia gegen die „von Juden gesteuerte“ Regierung soll sich parallel zum Drogenkonsum gesteigert haben.

Die Rudolph zur Last gelegten Anschläge wurden im Namen einer „Army of God“ ausgeführt. In einem Bekennerschreiben hieß es: „Wir erklären und werden einen totalen Krieg gegen das ungöttliche kommunistische Regime in New York und seine bürokratischen Lakaien in Washington führen. Ihr seid es, die für die Ermordung von Kindern und Beschlüsse verantwortlich seid, die unsere Art zerstören“. Abtreibung wird hier nicht nur als Tötung ungeborenen Lebens gesehen, sondern als Gefahr für die „weiße Rasse“, ein so genannter „Rassengenozid“. Die „Army of God“ ist keine Organisation, sondern ein Konzept im Sinne des führerlosen Widerstandes (leaderless resistance). Diese Strategie besagt, dass autonome Zellen von einer bis höchsten fünf Personen gebildet werden sollen, die nicht nach dem leicht zu infiltrierenden Führerprinzip, sondern auf Basis der festen Überzeugung der Zellenmitglieder („lone wolfs“) agieren.

Unterdessen haben Sympathisanten begonnen, Geld für Rudolphs Verteidigung vor Gericht zu sammeln. Bereits im Jahre 1999 begann ein lebhafter Handel mit T-Shirts und Aufklebern mit Aufdrucken wie „Run, Rudolph, Run“ oder „Eric Rudolph the Hide and Seek Champion of the World“. Die erste Gerichtsverhandlung ist mittlerweile für Birmingham, Alabama, angesetzt, dem Ort eines Anschlags auf eine Abtreibungsklinik im Jahre 1998. Bereits hier kommen auf Rudolph 20 verschiedene Anklagen zu, die teilweise mit der Todesstrafe geahndet werden können.

Thomas Grumke

Ausland**Im Aufwärtstrend**

Der rechtsextreme Vlaams Blok in Belgien wird salonfähiger. Bei den Wahlen konnte er erneut zulegen.

Bei den belgischen Parlamentswahlen durfte sich der rechtsextreme Vlaams Blok (VB) zum zehnten Mal als Gewinner bezeichnen. Zwar stagnierte der VB oder ging in den großen Städten wie Antwerpen beziehungsweise Gent leicht zurück, aber in den ländlichen Gebieten setzte er seinen Eroberungszug weiter. Der VB wurde am 18. Mai 2003 mit 17,86 Prozent die viertstärkste Partei in Flandern, knapp hinter den Liberalen (VLD), die Christendemokraten (CD&V) und dem Kartell von Sozialdemokraten und flämischen Regionalisten (SP.A / SPIRIT), die alle zwischen 20 und 25 Prozent der Stimmen erhielten. Die neu eingeführte Fünf-Prozent-Hürde führte überraschenderweise zum Verschwinden der flämischen Grünen (AGALEV), immerhin einer der Regierungsparteien, aus dem föderalen Parlament und bescherte den flämischen Nationalisten (N-VA) nur ein einziges Direktmandat.

Während der Vlaams Blok im Vergleich zu den Parlamentswahlen von 1999 mehr als zwei Prozent zulegen konnte, überwand der rechtsextreme Front National (FN) in Wallonien – auf Grund des föderativen Systems beteiligen sich dort andere Parteien an der Wahl – in einer Provinz die Fünf-Prozent-Hürde. Merkwürdig dabei war der Umstand, dass der FN vor allem in alten Industrierevieren zulegen konnte, wo traditionellerweise für die Sozialdemokraten der Parti Socialiste (PS) votiert wird. Die etablierten Parteien in Wallonien malen jetzt schon ein Schreckensszenario an die Wand, nach dem der FN dem Beispiel des VB nacheifern könnte. Als der Vlaams Blok am 24. November 1991, dem „zweiten Sonntag“, seinen Siegeszug antrat, geschah es nämlich, dass er den flämischen Sozialdemokraten (damals SP) viele Arbeiterstimmen abgewann.

Dass der rechtsextreme VB wiederum erstarken würde, hatten schon die Umfragen im Vorfeld der Wahl vom 18. Mai 2003 signalisiert. Üblicherweise schneidet die Partei in Umfragen nicht gut ab, weil wenige Leute sich trauen, sich öffentlich für sie auszusprechen. Im April aber hatten 16,9 Prozent der Befragten zugegeben, sie würden den VB

wählen, im Vergleich zu 13,6 Prozent im März. Waren es früher nur Ältere und Arbeiter, die dem VB ihre Stimme gaben, sind es heute zunehmend junge Leute, die sich nicht scheuen, ihre Sympathie für diese rechtsextreme Partei zu zeigen.

Der VB wird offensichtlich salonfähiger. Auf der einen Seite versucht er, mehr „zivilisiert“ in Erscheinung zu treten, indem er die scharfen, ausländergefeindlichen Ecken seines Programms mildert, auf der anderen Seite hat er ungehindert an allen Debatten in den Medien teilnehmen können. Zwar gilt nach wie vor das umstrittene „Cordon sanitaire“, das besagt, dass die demokratischen Parteien keinerlei Koalitionsvereinbarungen, egal auf welcher Ebene, mit dem VB eingehen. Dem VB gelingt es um so mehr, in die Opferrolle zu schlüpfen: das „Cordon sanitaire“ sei undemokratisch, weil die 600 000 Wähler des Vlaams Blok nicht gehört würden. Die Reaktion der demokratischen Parteien darauf ist, dass sie Verständnis für die VB-Wähler hegen, nicht aber für diese Partei. Das wiederum hat zur Folge, dass sie – teilweise möglicherweise unbewusst – Punkte aus dem VB-Programm, vor allem in Sachen Sicherheit, in abgemilderter Form übernehmen, um angeblich den Sorgen und Ängsten der Bevölkerung entgegenzukommen. Rechtsaußen und Mitte bewegen sich so aufeinander zu.

Sollte es die Absicht der rot-grünen Regierung unter Guy Verhofstadt (1999-2003) gewesen sein, durch die Einführung der Fünf-Prozent-Hürde den Extremisten in den Provinzen außerhalb ihrer städtischen Bollwerke den Wind aus den Segeln zu nehmen, so ist dies gescheitert. Vorteile hat der Premier insofern einheimen können, indem er die ungeliebten Grünen losgeworden ist und er dem demokratischen flämischen Nationalismus der ehemaligen Volksunie (die sich in Splitterparteien wie SPIRIT und N-VA aufgespalten hatte) den Todesstoß versetzt hat. Der Preis für diese kurzfristigen Vorteile könnte nun allerdings ein Erstarken des Vlaams Blok sein. Die Parteienlandschaft in Flandern ist mit den vier Parteien, die als Fraktion übrig bleiben, übersichtlicher geworden, aber sie wird sich auch polarisieren. Der flämischen Christdemokratie ist es nicht gelungen, aus der Opposition einen Bonus zu erzielen. Sollte sie weiterhin zurückgehen, genauso wie die demokratischen flämischen Nationalisten, könnte sich der VB als „die konservative Alternative“ zur rot-gelben Regierung zu einer rechtspopulistischen Volkspartei entwickeln.

Dirk Rochtus

Aktivitäten**Pure Provokation****Neonazis verhöhnen Paul Spiegel**

Paul Spiegel hat Ähnliches noch nicht erlebt. Dass gegen eine seiner Lesungen aus der Autobiographie „Wieder zu Hause“ Neonazis aufmarschieren würden? „Das hätte ich mir nicht träumen lassen“, sagt Spiegel. Bei der bisher 40. Lesung aber geschah es: Im westfälischen Hagen konnten Neonazis am Abend des 3. Juni parallel zur Veranstaltung mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden ihrem Antisemitismus – nur durch die üblichen behördlichen Auflagen für rechtsextreme Demonstrationen gebremst – freien Lauf lassen. Schon das Motto des Aufmarsches war als pure Provokation gedacht. Paul Celans „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“ abwandeln und verhöhnen, marschierten rund 60 Neonazis unter dem Motto „Der Rassismus ist ein Meister aus Israel“ auf. Damit spielten sie zugleich auf das Thema der Ausstellung „Rassismus in Deutschland“ an, die zurzeit in Hagen zu sehen ist und als deren Schirmherr Spiegel fungiert.

Aus Köln und Wuppertal, dem Ruhrgebiet, aus Hamm, Hagen und Lüdenscheid waren die Neonazis gekommen, um endlich einmal wieder „Nazis raus“ rufen zu können – mit dem schnell angehängten Nachsatz „... aus Palästina“. So ganz wie geplant lief die Demonstration, bei der auch der KDS-Funktionär Axel Reitz sprechen durfte, freilich nicht ab. Einer der Redner, Claus Cremer, der dem NRW-Landesvorstand der NPD angehört und die in Nordrhein-Westfalen offenbar besonders engen Kontakte der Partei mit den so genannten „Freien Nationalisten“ koordiniert, wurde gegen Ende des Aufmarsches von der Polizei festgenommen, als er per Mikro die Parole „Internationale Völkermordzentrale Israel“ skandiert hatte. Auch der Anmelder und Versammlungsleiter, der Lüdenscheider Maik Müller, landete in Polizeigewahrsam. Er stimmte nachdem er die Demonstration wegen der Festnahme Cremers für aufgelöst erklärt hatte, eine per Auflage untersagte Parole an.

Während die Neonazis – mit polizeilichem Platzverweis belegt – per Zug davonfuhren, blieb für Spiegel ein Wunsch: „Ich würde mich freuen, wenn in absehbarer Zeit jemand bei mir anruft, um mir zu sagen, dass der Schutz jüdischer Einrichtungen in Deutschland nicht mehr nötig ist.“ *Tomas Sager*

Am Rande**Zwangsarbeitsstudie****Rechter Historiker als Stadtarchivar**

Die Ruhrgebietsstadt Herne wird weiter auf die angekündigte Dokumentation über „Zwangsarbeit und Kriegsgefangene in Herne und Wanne-Eickel zwischen 1940 und 1945“ warten müssen. Autor Olaf Rose, ein promovierter Historiker, ist unfreiwillig in die Schlagzeilen geraten.

Die NRW-Antifa-Zeitschrift „Lotta“ und anschließend die Ruhrgebietsausgabe der „taz“ hatten berichtet, womit sich Rose beschäftigte, wenn er nicht gerade auf ABM-Basis im Herner Stadtarchiv die lokale Geschichte der Zwangsarbeit aufarbeitete und dabei die Zahl der Zwangsarbeiter herunterrechnete. Demnach war Rose zum Beispiel neben Franz Schönhuber, Reinhold Oberlercher und Alain de Benoist Autor beim Rechtsaußen-Magazin „Opposition“, das in der Verlagsgruppe Berg erscheint. Deren Chef, Gert Sudholt, fungierte 16 Jahre lang als Vorsitzender der rechtsextremen Gesellschaft für Freie Publizistik. Er wurde in den 90er Jahren wegen Volksverhetzung verurteilt. Ebenfalls in Sudholts Verlagsgruppe Berg erscheint die Zweimonatszeitschrift „Deutsche Geschichte“, deren Redaktionsbeirat Rose angehört. Auch als Referent war der heute 44-Jährige weit rechtsaußen gefragt: ob 2001 bei einer von Sudholt organisierten Tagung zum „Ostfeldzug“ oder im vorigen November bei einer Veranstaltung der „Initiative für Wahrheit und Gerechtigkeit“ in Bielefeld. Auf der Homepage der Bielefelder NPD ist man voll des Lobes für den Referenten: „Zusammenfassend ist anzumerken, dass dieser Vortrag wohl zu den informativsten Vorträgen dieses Jahres zu zählen ist.“ Für Rose-Veranstaltungen rührten in der Vergangenheit auch „Nation&Europa“ und das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ die Werbetrommel.

Erst als „taz“ und die „Westdeutsche Allgemeine“ (WAZ) den Historiker ins Zwielficht geraten sahen, wurde man im Herner Rathaus auf die rechten Umtriebe Roses aufmerksam, der mehr als zwei Jahre lang im Stadtarchiv arbeitete, ehe sein ABM-Vertrag im Frühjahr auslief. Die geplante Dokumentation zur Zwangsarbeit, für die Rose noch Texte hätte liefern sollen, wurde gestoppt. „Das Material ist für uns wertlos“, befand Kulturdezernentin Dagmar Goch gegenüber der WAZ. *T.S.*

Verfassungsschutz**Keine Entwarnung**

Entgegen anderslautender Meldungen sind die rechten Gewalttaten angestiegen. Rückläufig ist das Personenpotenzial im organisierten Rechtsextremismus.

„Jegliche Formen von Extremismus und Gewalt müssen durch entschlossenes, aber gleichzeitig auch besonnenes Handeln des Rechtsstaates bekämpft werden.“ Diese Grundaussage, die der Innenminister dem aktuellen Verfassungsschutzbericht des Bundes voranstellte, gilt unverändert. Erfreulich ist hier zweifellos, und da zeigen Verfolgung und Aufklärung Wirkung, die erneute Verringerung des rechtsextremen Personenpotenzials von 50 900 (2000) über 49 700 (2001) auf 45 000.

Im Rechtsextremismus setzt sich die rückläufige Bindungsfähigkeit der Organisationen fort. Die Republikaner schrumpfen – zumal wegen interner Querelen und der Konzeptlosigkeit ihres Vorsitzenden – weiter auf 9000 Anhänger (im Jahr 2000 waren es noch 13 000). Dasselbe gilt für die DVU (13 000 nach 17 000 im Jahre 2000). Der Rückgang bei der NPD ist ungeachtet des Verbotsverfahrens weniger deutlich (auf 6100 nach 6500 in den Jahren 2000 und 2001).

Fortgesetzt hat sich der Zuwachs bei den „subkulturell geprägten“ und sonstigen „gewaltbereiten Rechtsextremisten“ (10 700 nach 10 400 im Jahre 2001 und 9700 im Jahre 2000). Rückläufig ist allerdings das Neonazi-Potenzial mit 2600 Aktivisten, das sich nach wie vor als Organisationsmuster der Kameradschaften bedient (mit circa 160 ein leichter Anstieg). Hier gibt es auch Übergänge zur NPD. Unverändert sind für Jugendliche die Einstiegs- und Bindungswirkung der Skinheadszone, besonders die Skinhead-Musik. Bezüglich letzterer ist – bei rückläufiger Zahl der Musikgruppen – die Zunahme von Konzerten (ein Plus von 40 Prozent und der aktiven Musikvertriebe (plus 25 Prozent auf 50, davon rund 20 bundesweit) hervorzuheben.

Ob der weitere Rückgang des organisierten Rechtsextremismus bereits als Erfolg zu werten ist, zumal die Frage bleibt, wie gesichert Aussagen über die Skinheadszone angesichts der – gegenüber dem organisierten Extremismus – begrenzten Überwachungsmöglichkeit ist, mag dahingestellt bleiben.

Gleichwohl liegt hier die größere Gefahr für den Rechtsstaat. Das wird auch am Anstieg der rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten deutlich. Nach wie vor bereitet es Mühe, das von den Innenministern zum 1. Januar 2001 eingeführte Definitionssystem zu verstehen, sprich: den Unterschied zwischen „politisch motivierter Kriminalität – rechts“ und innerhalb dieser Kategorie die „Straftaten mit rechtsextremistischer Motivation“. Erstere sanken 2002 auf 12 933 Vorfälle (im Vorjahr: 14 275), darunter die Straftaten mit rechtsextremistischer Motivation, die auf 10 902 angestiegen sind (Vorjahr: 10 054). Von diesen waren 772 Gewalttaten (Vorjahr 709) und das bedeutet einen Anstieg um fast 9 Prozent. (So dass die Aussage in der Presseerklärung zum Verfassungsschutzbericht, „auch die politisch motivierten Gewalttaten sind ... erkennbar rückläufig“, nur zutreffend ist, wenn man alle Bereiche addiert.)

Ungebrochen scheint die Dominanz der ostdeutschen Länder, was die Häufigkeit von Rechtsextremismus anlangt: Brandenburg ist nach wie vor Spitzenreiter bei den Gewalttaten, bezogen auf die Bevölkerung, gefolgt von Sachsen-Anhalt und Thüringen, erst auf Platz vier kommt Schleswig-Holstein als westdeutsches Land (im Vorjahr noch auf Platz 3). Mecklenburg-Vorpommern, das sich noch im vergangenen Jahr der neuen Zählweise verweigert hatte, taucht zwar weit hinten auf, Zweifel sind hier allerdings angesichts der bedrückenden Berichte über rechtsextremistische Gewaltdelinquenz am Platz. Erklärungsbedürftig ist insbesondere die Aussage des Verfassungsschutzberichts, „militante Rechtsextremisten lehnen Terrorismus ab“ – dem stehen zahlreiche Sprengstoffanschläge, aber auch Zitate aus der militanten Szene entgegen.

Die Zahl der rechtsextremen Webseiten hat sich seit 1999 verdreifacht. Allerdings hat der staatliche Druck auf Provider, die unkritisch solche Aussagen wiedergeben, zugenommen. Dies hat zu einem erkennbaren Rückgang rechter Homepages um ein Viertel geführt. Dem Bericht „Rechtsextremismus im Internet“ zufolge von Bundesministerin Renate Schmidt sind in 173 Fällen rechtsextreme Seiten gesperrt worden. Die Konsequenz ist freilich, dass einerseits auf ausländische Server zugegriffen wird, deren Betreiber auf den Inhalt der wiedergegebenen Texte keinen Einfluss nehmen, andererseits Zugang zu nicht-extremistischen Diskussionsplattformen gesucht wird. Hier muss es Ziel sein, den Widerstand privater Nutzer und Organisationen zu fördern.

Klaus-Henning Rosen

Verfassungsschutz

Militantes Potenzial

Mehr rechtsextreme Gewalt in Niedersachsen – Skinhead-Musik und -Konzerte liefern den Soundtrack dazu.

Die Zahlen des niedersächsischen Verfassungsschutzberichtes 2002 deuten bei oberflächlicher Lektüre zunächst auf einen Rückgang der von Rechtsextremisten drohenden Gefahr hin: Die Statistik weist weniger Gewaltbereite und einen deutlichen Mitgliederschwund bei den Parteien aus. Ein leichter Anstieg ist nur in der Rubrik „sonstige Organisationen“ (von 170 auf 180) zu vermelden, die Zahl der Neonazis ist mit 350 gleich geblieben. In Niedersachsen ging die Zahl der Rechtsextremisten von 3850 (2001) auf 3530 (2002) zurück.

Bei den rechtsextremistisch motivierten Straftaten verzeichnete der Verfassungsschutz einen Zuwachs von insgesamt 1069 auf 1259 Vorfälle. An der Spitze standen Propagandadelikte wie Hakenkreuzschmierereien. Der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann erklärte den Anstieg mit einem geänderten Erfassungssystem: „Diese Zahlen sind damit weniger Ausdruck eines realen Anstiegs rechtsextremistischer Kriminalität als vielmehr Beleg für eine präzierte und intensiverte Erfassung.“ Aller Zahlenarithmetik zum Trotz dürfte es aber keinen Zweifel darüber geben, dass zumindest bei von Rechtsextremisten begangenen „politisch motivierten Gewalttaten“ ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen ist. Im Jahr 2001 wurden 79 Gewalttaten registriert, 2002 waren es 104.

Eine erfreuliche Entwicklung – parallel zum Bundestrend – zeichnete sich bei den rechtsextremistischen Parteien ab, die erhebliche Mitgliederverluste zu verschmerzen hatten: Die DVU verlor 200 Anhänger und zählt nun 1000 Mitglieder, die NPD verkleinerte sich binnen Jahresfrist von 500 auf 450 Personen und die Republikaner büßten 50 ein und kommen nunmehr auf 550 Parteigänger.

Das Verbotsverfahren und dessen Einstellung hat der NPD im Jahr 2002 keine neue Mitglieder in die Arme der Partei getrieben. Der gegenteilige Fall ist durch „Mitgliederbereinigungen“, das heißt Aussortieren von Karteileichen, eingetreten. Die Parteispitze um den Landesvorsitzenden Ulrich Ei-

genfeld und Stellvertreter Friedrich Preuß legte den thematischen Schwerpunkt auf die Landtagswahl im Februar. Trotzdem reichte es nur für 0,3 Prozent der Stimmen. Noch schlechter geht es dem 1988 in Niedersachsen gegründeten Landesverband der DVU. Veranstaltungen, öffentliche Präsenz – Fehlanzeige! Die einzige herausragende Aktivität ist aus dem Regierungsbezirk Lüneburg zu vermelden: Dort hat der Kreisvorsitzende Rainer Helke den „Arbeitskreis für Menschenrechte und Politik Lüchow-Danneberg“ gegründet. Der Zusammenschluss mit dem krausen Namen soll rechte Kräfte parteiübergreifend bündeln. Zu diesem Zweck wurden Schulungsveranstaltungen durchgeführt, bei denen alte Bekannte vom rechten Rand als Referenten auftauchten: Manfred Roeder, Udo Walendy und Günter Deckert. Die Republikaner schrumpfen weiter. Mit dem Schüren von ausländerfeindlichen Ressentiments war kein Staat zu machen. Politische Krisen in der deutschen „Schicksalsgemeinschaft“ wurden einseitig in Zusammenhang mit den Themen Einwanderung und Ausländer gebracht. Kostprobe: „... weil die Gauer, Abzocker und Radikalinskis aus aller Herren Länder sich hier so wohl fühlen wie nirgends sonst auf der Welt, ... weil die Schüler an vielen Schulen eher türkische Flüche, Gewalt und Drogen mitbekommen, anstatt lesen, schreiben und rechnen lernen.“

Die Anzahl der neonazistischen Kameradschaften ist im norddeutschen Flächenland gleich geblieben. In 20 Zusammenschlüssen sind 350 Personen organisiert, die selten älter als 25 Jahre sind. Als „größte Herausforderung für Staat und Gesellschaft“ bezeichnete der Verfassungsschutz „gewaltbereite, subkulturell geprägte Rechtsextremisten, insbesondere Skinheads“. Diese Gruppe neigte zu spontaner, eruptiver Gewalt, so die Warnung. Ein Beispiel: Zwei Skins griffen in der Silvesternacht im Landkreis Gifhorn die Wohnung einer türkischen Familie mit Knallkörpern und Signalpistolen an und beschimpften sie mit ausländerfeindlichen Sprüchen. Zwei Nachbarn, die zur Hilfe eilten, wurden brutal zusammengeschlagen. Den Soundtrack zu solchen Aktionen liefern weiter Skinmusik – und Konzerte. Veranstaltungsorte waren in Niedersachsen Kirchseele, Schwanewede, Hude und Rinteln. Auch der Rechtsextremist Thorsten Heise soll seine Scholle in Northeim gelegentlich zur Verfügung stellen. Dann spielen Gruppen mit programmatischen Namen auf, bis die Scheunenbretter splittern: „Endlöser“, „Stahlgewitter“ oder „Nordfront“.

Volker Stahl

Seitenblick**Gesponnene Legende**

Ein Admiral, der Todesurteile über Deserteure verhängte, wird in Buxtehude für seine Fahnenflucht geehrt.

In Buxtehude bei Hamburg, wo sich der märchenhafte Wettlauf zwischen Hase und Igel zugetragen haben soll, findet ein anderes Wettrennen statt: zwischen Geschichte und Legende. Wie es scheint, hat sich die Geschichte zu Tode gehetzt. Man könnte auch sagen: Sie ist gar nicht angetreten.

Nach der Auflösung der Garnison von Buxtehude 1994 wurde die Estetalkaserne in ein Wohngebiet umgewandelt, dessen Hauptstraße nach der Pazifistin Bertha von Suttner benannt ist. Die Konversion der Kaserne wurde am 9. Mai abgeschlossen durch die Einweihung des „Friedensplatzes“ auf dem alten Exerzierplatz. Zugleich wurde ein Gedenkstein eingeweiht, der an den 22. April 1945 erinnert. An dem Tag, besagt die Legende, soll Buxtehude „kampflos übergeben“ worden sein. Die namentlich geehrten Offiziere Konteradmiral Siegfried Engel, Kapitän zur See Alexander Magnus, Hauptmann Hans Haverkamp und Oberleutnant Karl Halaski hätten „unter Einsatz ihres Lebens Menschenopfer und die Zerstörung der Stadt verhindert“. An der Inschrift stimmen nur die Namen.

Der Stadtarchivar hatte mehr als drei Jahre Zeit, die Vorgänge aufzuklären, die zum Kriegsende in Buxtehude führten. Er und der Rat der Stadt haben sich mit einer Legende zufrieden gegeben, die nach drei Tagen flüchtiger Recherche zusammenbricht. Die Legende stützt sich auf „Zeitzeugenberichte“, Darstellungen der kommandierenden Offiziere selbst, die allen Grund hatten, ihre eigene Rolle schön zu färben. Widersprüche springen sofort ins Auge. Die Zeugen sind sich nicht einmal einig, wer zum Zeitpunkt der Kapitulation vor der britischen Armee Kommandant in Buxtehude war und wer die Verhandlungen führte. Eine Anfrage ans Public Records Office in London, um zu erfahren, was die Briten über die Einnahme der Stadt zu sagen haben, ist nie erfolgt.

Man hat sich verlassen auf die Schilderung der Ereignisse, die der Initiator des Gedenksteins gibt. Hans-Georg Freudenthal, ehemals Bürgermeister der Stadt, war 1945 zwölf Jahre alt. Auf ihn allein

stützt sich die Behauptung, die Geehrten hätten „unter Einsatz ihres Lebens“ die Waffen gestreckt. „Einige junge SS-Leute, die noch an den Endsieg glaubten“, erzählt Freudenthal, seien „eingeschlossen“ worden, „damit der Jeep mit der weißen Fahne die Kaserne verlassen konnte“. Angeblich hätten die vier Geehrten „monatelang“ die Kapitulation vorbereitet. Laut Legende bestand der Kreis um Admiral Engel geradezu aus Widerstandskämpfern. Gleichwohl „hatten wir nicht die Absicht, uns verräterisch zu betätigen, sondern lediglich zu planen, was uns zu tun möglich sein würde“, betont Karl Halaski in seiner Aussage. Nicht Verrat an der deutschen Sache oder Friedensliebe ließ sie aufgeben, sondern, „wir in keiner Weise uns gegen einen Angriff verteidigen“ konnten. Laut Alexander Magnus sei es darum gegangen, „den aussichtslosen Kampf mit lächerlichen Mitteln (...) zu verhindern“.

Gleichwohl zückten sie nicht sofort die weiße Fahne, als die britischen Panzer anrollten. Vielmehr bauten sie Verteidigungsstellungen auf. Soldaten mit Panzerfäusten wurden in Schützengräben geschickt; es kam zu Schießereien. Drei Tage lang hielten die Briten Buxtehude eingekesselt, bevor Engel und Konsorten aufgaben. Dass die Briten trotz überwältigender Übermacht die Stadt nicht früher einnahmen, spricht der Behauptung des Gedenksteins Hohn, die Geehrten hätten „Menschenopfer und die Zerstörung der Stadt verhindert“. Das unterstellt den Briten einen Vernichtungswillen, den sie offenkundig nicht hatten.

Ist schon ihr Tun zweifelhaft, sind wenigstens zwei der Geehrten überhaupt nicht ehrenwert. Magnus soll nach Angaben des Bundesarchivs in Ludwigsburg an der Deportation von Juden aus Korfu beteiligt gewesen sein. Sicher ist, dass er exakt 59 Jahre vor seiner Huldigung, am 9. Mai 1944, in Patras zehn gefangene griechische Zivilisten erhängen ließ als „Sühnemaßnahme“ für einen Partisanenüberfall. Engel war als „2. Admiral der Nordsee“ verantwortlich für wenigstens 54 Todesurteile gegen Deserteure am Marinegericht in Wilhelmshaven. Er äußerte zwar Bedenken gegen die „Feststellung der Fahnenflucht“ im Urteil gegen den Marinesoldaten Heinrich Schoon, das am 16. März 1945 verhängt wurde, fand diese aber „nicht ausschlaggebend“. „Bei der wiederholten Straffälligkeit des Angeklagten“ befand er, „verdient dieser keine Gnade.“ Am 27. April wurde Schoon erschossen – nachdem Engel selbst in Buxtehude zum Deserteur geworden war.

Uwe Ruprecht

Hintergrund

Mörderische Ärzte**KZ-Häftlinge als Forschungsgegenstand**

„Gewissenlos – gewissenhaft“ lautet der Titel einer Ausstellung über Menschenversuche von Ärzten in Konzentrationslagern, die zur Zeit im Medizinhistorischen Museum der Charité in Berlin gezeigt wird. Er nimmt die quälende Frage vorweg, mit der man die Exposition verlässt: Wie waren Mediziner, die den hippokratischen Eid geschworen hatten, zu solchen Untaten fähig? Wären es sadistische Monster gewesen, die der Hass auf ihre Opfer antrieb, ließe sich manches erklären, aber die meisten waren nüchterne, hoch talentierte Forscher und Wissenschaftler, denen die Häftlinge eher gleichgültig waren. Sie sahen in ihnen „Meerschweinchen, Ratten, mit deren Seelenleben und Leiden man sich überhaupt nicht beschäftigt“, wie die Häftlingsärztin Ella Lingens die Gefühlswelt des KZ-Arztes Josef Mengele beschrieb.

Der betrachtete Auschwitz als ein ideales wissenschaftliches Labor und die Gefangenen als „Forschungsgegenstand“, wobei die Absicht zur Obduktion der Leiche als Tötungsgrund genügte. Und diese Absicht bestand praktisch in jedem Fall. In der Ausstellung hängt ein Versandschein an die „Hyg.-bakt. Unters.-Stelle. der Waffen-SS Südost“: „Material: Kopf einer Leiche (12-jähriges Kind), zu untersuchen auf: histologische Schnitte. Anschrift der einsendenden Stelle: H.-Krankenbau, Zigeunerlager Auschwitz II B II e, Unterschrift: Der 1. Lagerarzt, Mengele, SS-Hauptsturmführer“. Unweit davon Fotos weiterer „Versuchsobjekte“ für Mengeles berühmte vergleichende Zwillingsforschung – Zwillinge im Kindesalter bei der Vermessung, ein 5-jähriger Sinti-Junge, als Opfer von Mengele-Experimenten gestorben.

Doch Mengele ist nur ein Typ der Mörder im weißen Kittel, ein besonders kalter und skrupelloser zwar, aber in der moralischen Qualität auf einer Stufe mit den anderen Experten und den Schreibtischtätern. Da ist der Chirurg Karl Gebhardt, der im KZ Ravensbrück weibliche Häftlinge zur Erforschung der Wirkung von Sulfonamiden bei Gasbrand benutzte. Man fügte den Frauen Wunden an den Beinen zu, infizierte sie mit Gasbrand-erregern, legte teilweise noch Glasscherben und Holzsplitter in die Einschnitte und testete so Sul-

fonamide, die sich als unwirksam gegen Wundinfektionen erwiesen. Viele Opfer starben, andere waren, wie die Ausstellung dokumentiert, lebenslänglich verstümmelt.

Sigmund Rascher trieb sein Unwesen im KZ Dachau. In einer Unterdruckkammer testete er dort mit anderen Ärzten an Häftlingen die Auswirkungen plötzlichen starken Druckabfalls, wie er zum Beispiel Piloten bei Luftkämpfen in großer Höhe droht. Als die Experimentenreihe, für die Häftlinge mit großen Schmerzen und oft dauerhaften Schäden verbunden, beendet war, machte Rascher mit Billigung Himmlers allein weiter. Er wollte sich zum Thema Überlebensmöglichkeiten in extremen Höhen habilitieren und dafür Material sammeln. Bei „terminalen Versuchen“, wie er sie nannte, beobachtete und filmte er den Verlauf der Höhenkrankheit bis zum Tode. Mindestens 70 Männer starben vor seinen Augen.

Bei Tests mit Fleckfieberimpfstoff in Baracke 50 des KZ Buchenwald erwies es sich bald als segensreich, dass der wirkliche Fachmann nicht ein SS-Arzt, sondern ein Häftling war: der polnisch-jüdische Immunologe Ludwik Fleck. Unter seiner Leitung stellten die Gefangenen nicht nur einen wirksamen Impfstoff zu ihrem eigenen Schutz her, sie nutzten die panische Angst der SS-Leute vor Ansteckung auch aus, um gefährdete Häftlinge in ihrem gefürchteten Block zu verbergen. So überlebte Eugen Kogon, der 1946 das Buch „Der SS-Staat“ über Buchenwald schrieb.

Im Gedächtnis bleibt das völlige Fehlen eines Schuldbewusstseins bei den Tätern, das in den Aussagen beim Nürnberger Ärzteprozess 1946/47, im „Nein, nicht schuldig“ fast aller Angeklagten auf die entsprechende Frage des Gerichts zum Ausdruck kam. In Nürnberg wurden einige Todesurteile gesprochen, so gegen Gebhardt, der Himmlers Leibarzt war, aber die meisten der schätzungsweise 300 an den Versuchen beteiligten Ärzte blieben unbestraft. Mengele starb 1979 unbehelligt in Südamerika, sein Chef und Mentor Otmer Freiherr von Verschuer zahlte als „Mitläufer“ 600 Mark Strafe und war von 1951 bis zu seiner Emeritierung 1965 Leiter des Instituts für Humangenetik in Münster, wo er sich nicht zuletzt auf altes Forschungsmaterial stützte. Von den 8- bis 10 000 Opfern ist erst ein Viertel namentlich bekannt. *Ralf Bachmann*
Gewissenlos – gewissenhaft. Menschenversuche im KZ. Medizinhistorisches Museum der Charité. Schumannstr. 20/21. 10117 Berlin. Bis 27. Juli.

Bücherschau**„Nestbeschmutzer“****Judenretter in Deutschland unerwünscht**

Dass Hermann Gräbe hunderte Juden vor den Nazis in Sicherheit brachte, wurde in seiner Heimat totgeschwiegen. Als der „Oskar Schindler der Ukraine“ es auch noch wagte, vor Gericht als Zeuge gegen die Mörder aufzutreten, starteten bundesdeutsche Medien eine beispiellose Hetzkampagne gegen ihn. In Israel hat Hermann Gräbe die höchste Auszeichnung bekommen, die ein Nichtjude erhalten kann. 1965 durfte er in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem an der Allee der Gerechten einen Baum pflanzen. In Deutschland verweigerte man ihm jegliche Ehrung. Das änderte sich erst, als „Schindlers Liste“ das Bewusstsein der Deutschen sensibilisiert hatte und Dietrich Schubert und Wolfgang Heuer im Jahr 2000 mit dem Dokumentarfilm „In Deutschland unerwünscht“ Beweise zu Gunsten Gräbes an das Licht der Öffentlichkeit befördern konnten. In den USA hatte der Theologe Douglas K. Huneke bereits Mitte der 80er Jahre eine Biographie über Gräbe verfasst, die jetzt in deutscher Übersetzung vorliegt.

Hermann Friedrich Gräbe kommt 1900 in Gräfrath bei Solingen zur Welt. Er wächst in ärmlichen Verhältnissen auf. Um ein Ingenieursstudium absolvieren zu können, arbeitet er in einer Stahlwarenfabrik, wird später Bauunternehmer. In der Hoffnung, durch eine Parteimitgliedschaft die Auftragslage seiner Baufirma verbessern zu können, tritt Gräbe 1931 in die NSDAP ein, die er aber 1934 wieder verlässt. Ab Herbst 1941 wird Gräbe auf Anweisung der Organisation Todt in die Provinzstadt Sdolbunow in der West-Ukraine beordert. An dem strategisch wichtigen Eisenbahnknotenpunkt soll er mit Hilfe seiner zwölf Mitarbeiter Baukolonnen aufstellen und Lokschruppen errichten. Gräbe ist aber auch Geschäftsführer für die Baufirma Jung, für die er eine Niederlassung gründet.

Auf seinen zahlreichen Baustellen beschäftigt Gräbe rund 2000 Arbeiter; die meisten davon sind Juden. Mit dem beharrlichen Verweis, dass der Einsatz seiner Arbeitskräfte kriegswichtig sei, gelingt es ihm, Gebietskommissar Georg Marschall zu einer Erhöhung der Lebensmittelrationen zu bewegen. Nachdem er zufällig Zeuge wird, wie die SS in einem Waldstück Massenerschießungen vor-

nimmt, entschließt er sich, so viele Juden wie möglich vor der SS zu retten. Zusammen mit seiner jüdischen Sekretärin Maria Bobrow schmiedet er Pläne: Er versorgt seine Schützlinge mit Geld und falschen Papieren. In einem Radius von tausend Kilometern richtet er so viele Baustellen wie möglich ein, damit Juden unbemerkt untertauchen können. Im Sommer 1942 erfährt Gräbe, dass die SS plant, das Ghetto in Rowno zu liquidieren. Er verlangt, dass seine jüdischen Arbeiter von den Aktionen ausgenommen werden. Und er hat Erfolg: Während die SS und ukrainische Milizen mordend und brandschatzend durch das Ghetto ziehen, marschiert Gräbe, bewaffnet mit einer Maschinenpistole, an der Spitze einer rund hundertköpfigen Kolonne von Juden unbehelligt aus dem Ort.

1944 setzt Gräbe sich zusammen mit zwölf seiner Schützlinge in den Westen ab. 1946 sagt er als einziger deutscher Zeuge vor dem Nürnberger Tribunal über die Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus. Mit Morddrohungen, Beschimpfungen wie „Verräter“ oder „Nestbeschmutzer“ sorgen ehemalige „Volksgenossen“ dafür, dass für Gräbe ein Leben in Deutschland nicht mehr möglich ist, er emigriert 1948 mit seiner Familie in die USA. 1960 betritt Gräbe ein letztes Mal deutschen Boden. Er soll im niedersächsischen Stade als Zeuge der Anklage gegen den ehemaligen Gebietskommissar Georg Marschall aussagen, der den Befehl gegeben hatte, den jüdischen Tischler Josef Diener auf dem Marktplatz von Sdolbunow erhängen zu lassen. Der Nazischerge wird zu lebenslanger Haft verurteilt. Mitte der 60er Jahre wird das Urteil in einem Wiederaufnahmeverfahren aufgehoben, die lebenslange in eine fünfjährige Haftstrafe umgewandelt. In der Zwischenzeit hat Marschalls Anwalt eine Meineidsklage angestrengt und Gräbe als Lügner und Kriegsgewinnler diffamiert.

Im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ wird Gräbe 1965 als Betrüger und Wichtigtuer dargestellt. Ein Foto, das den Exilanten bei den Feierlichkeiten in Yad Vashem abbildet, ist mit den zynischen Worten „Gräber-Gräbe“ untitelt. Bis 2001 weigert sich das Nachrichtenmagazin, eine Richtigstellung vorzunehmen.

1986 stirbt Hermann Gräbe in San Francisco. Die Solinger Stadtväter können sich 1995 dazu durchringen, eine Gedenktafel an Gräbes ehemaligem Wohnhaus anzubringen.

Volker Stahl

Douglas K. Huneke: In Deutschland unerwünscht. Hermann Gräbe. Biographie eines Judenretters, zu Klampen Verlag, Lüneburg 2002, 24 Euro.

Grauzone

Lobeshymnen**Der Verleger Herbert Fleissner genießt in extrem rechten Kreisen hohes Ansehen.**

Herbert Fleissner (Jg. 1928) sei „der letzte verbliebene Verleger jenes alten Schlages, der seit Jahren vom gesichtslosen Verlagsmanager verdrängt wird“ und „der letzte konservative unter den ansonsten im Zweifel ausschließlich linksliberal orientierten großen Buchverlagen“ ist in der „Junge Freiheit“ anlässlich des 75. Geburtstages des in München residierenden Verlagsmoguls (Verlagsgruppe Langen Müller Herbig) zu lesen. Autor der Lobeshymne ist Dieter Stein. Chefredakteur der rechtsextremen Wochenzeitung.

Fleissner, einer der Erstunterzeichner des JF-„Appells für die Pressefreiheit“, gilt als finanzieller „Förderer“ der JF und deren österreichischen Ablegers „Zur Zeit“. Angaben der Parteizeitung „Der Republikaner“ zufolge soll er auch die rechtsextreme Deutschland-Bewegung gesponsert haben. Der Fleissner-Konzern bietet Rechtsextremisten und Altnazis wie Leon Degrelle, Hajo Hermann, David Irving, Claus Nordbruch, Hans Ulrich Rudel und Otto Skorzeny, deren politische Botschaft die Relativierung der NS-Verbrechen ist, seit Jahrzehnten ein publizistisches Forum.

Fleissner, der 1957 dem revanchistischen Witikobund beitrug, gelingt es seit Mitte der 50er Jahre, seine politischen Überzeugungen erfolgreich mit Geschäftsinteressen in Einklang zu bringen. Bis heute ist er der einzige Großverleger in der Bundesrepublik geblieben, „der Bücher von ehemaligen NS-Autoren in nennenswertem Umfang herausbringt.“ (Hans Sarkowicz)

Der „stete Förderer ... des deutschen Volkstums“ („Eckartbote“), ist Alter Herr der schlagenden Innsbrucker Burschenschaft Suevia. 1997 zählte der „vom linken Machtkartell wegen seiner Standfestigkeit stets diffamierte Mann“ (Franz Schönhuber) neben anderen mit Hans-Helmuth Knütter und Karlheinz Weißmann zu den Gründungsmitgliedern der rechten Arbeitsgemeinschaft „Stimme der Mehrheit“. Zuletzt machte Fleissner mit einem Grußwort an die Jahrestagung des rechtsextremen Schulvereins zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen auf sich aufmerksam. *Anton Maegerle*

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF), 18. Jg., Nr. 20-23/2003: Die „Spiegel“-Serie über eine Verfassungsreform greift die JF dankbar auf. Für Alexander Griesbach dürfe sich eine künftige Verfassungswirklichkeit lediglich an der Prämisse ausrichten, was deutschen Interessen dienlich sei und was nicht. Diese zentrale Frage sei in der Vergangenheit in „kosmopolitischer Absicht“ ignoriert worden, woraus viele der heutigen Probleme resultierten, meint er. JF-Chefredakteur Dieter Stein merkt an, dass jetzt eine Verfassungsreform-Debatte nicht gleich wieder mit dem „Vorwurf der ‘Verfassungsfeindlichkeit’“ abgewürgt werden könne. Den NRW-Verfassungsschutz als „eine ‘Gefahr für die Demokratie’“ outet Manuel Ochsenreiter. Der JF-Autor bemüht sich um den Nachweis, dass die Referentenliste einer für Oktober geplanten Fachtagung des Amtes über die Neue Rechte „ausgewiesene Linksextremisten“ mit Kontakten bis „hin zur autonomen Antifa“ aufweise. Angekündigt wird eine „Chronologie eines Skandals“ aus der Feder Alexander von Stahls über den Rechtsstreit der JF mit dem NRW-Verfassungsschutz, die in der Edition JF erscheint. Hans-Helmuth Knütter zufolge ist der Antitotalitarismus gescheitert. Er plädiert dafür, dass sich die „‘Rechten’“ nicht nach rechts abgrenzen sollten, denn die Linken würden „hemmungslos, aber effektiv mit linken Extremisten kooperieren“. Auch der „Stern“ mache mit der Amadeu-Antonio-Stiftung gemeinsame Sache mit der Internet-Plattform „mut-gegen-rechte-gewalt.de“, wo auch Linksextremisten aufträten, kritisiert Ochsenreiter. Er selbst hat Freude an der CD „Lied(l)ut“, die über den rechtsextremen Liedermacher Friedrich Baunack erhältlich ist, obwohl er sich von der „Blutarmut der Interpreten eher enttäuscht“ zeigt. Richard Stoltz empört sich über eine Meinungsumfrage, wonach 87 Prozent der Befragten keine Rechtsextremisten als Nachbarn wollten. Das angeblich fehlende Interesse an „positiver deutscher Geschichte“ wie dem 17. Juni durch die „tonangebende“ politische Klasse, die nur „Rund-um-die-Uhr-Bewältigung“ wolle, beklagt Stein. Über zwei Millionen unborene Kinder seien in den letzten zehn Jahren durch Abtreibung getötet worden, der Gesetzgeber habe jetzt die Pflicht, „die geltende Regelung im Sinne des Lebensschutzes zu verändern“, verlangt Martina Kempf. Gedacht wird des 80. Jahrestages der Hinrichtung von Albert Leo Schlageter. (gn)

Meldungen**Inland**

■ **Aalen** – Die Polizei Aalen hat bei Hausdurchsuchungen in Plüderhausen, Schwäbisch Gmünd, Ellwangen und Aalen Tonträger und Werbematerial mit volksverhetzendem Gedankengut der Neonazi-Band „Race war“ beschlagnahmt. Die Mitglieder der Rechtsrock-Kombo im Alter zwischen 19 und 22 Jahren hatten im vergangenen Jahr eine CD veröffentlicht, auf deren Cover eine Hakenkreuzfahne abgebildet ist. In einem ihrer Songs auf dieser CD, dem „11. September“, werden die Opfer der Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon verhöhnt.

■ **Berlin** – Alljährlicher Ehrengast bei der vom Berliner Senat veranstalteten offiziellen Feierstunde zum 17. Juni am Friedhof Seestraße in Berlin-Wedding ist die „Vereinigung 17. Juni 1953 e.V.“. Seit dem Tod ihres Vorsitzenden Manfred Plöckinger (Ex-NPD- und DVU-Mitglied) im Dezember 2002 wird die Vereinigung von dem ehemaligen REP-Funktionär Carl-Wolfgang Holzapfel geführt. Holzapfel ist Referent der „Starnberger Runde“ von Alfred Mechttersheimer, Mitglied des Witikobundes und Autor der „Jungen Freiheit“. Beiratsmitglieder der „Vereinigung“ sind neben anderen Emil Schlee (Autor in rechtsextremen Gazetten, Ex-MdEP der Republikaner) und Horst Rudolf Übelacker (Vorsitzender des Witikobundes).

■ **Dessau** – Am 16. Mai wurde ein alternativer Jugendlicher (16) aus Dessau auf dem Friederikenplatz in Dessau-Nord durch einen Messerstich erheblich verletzt. Bei dem Angreifer handelt es sich um den US-amerikanischen Austauschschüler Charles K., der zur Tatzeit auf ein Dessauer Gymnasium ging. Charles K. soll in den letzten Wochen mehrmals am Rande von Aktionen der Gruppe „Freie Nationalisten Dessau/Anhalt“ gesehen worden sein. Kurz vor dem Messerstich tauchte Charles K. im Alternativen Jugendzentrum Dessau auf und ergriff nach seiner Identifizierung schlagartig die Flucht. Auf seinem Fluchtweg traf er auf sein Opfer und stach ohne Vorwarnung im Vorbeirennen auf den Jugendlichen ein. Das Opfer erlitt Stichverletzungen im linken Schulterbereich.

■ **Dortmund/Arnsberg** – Für die Mitglieder der Neonazi-Bands „Oidoxie“ und „Weisse Wölfe“ wird

in der Szene die Spendentrommel gerührt. Wie berichtet (BnR 10/03), werden sie verdächtigt, CDs und Videos mit volksverhetzendem und nationalsozialistischem Inhalt hergestellt und verbreitet zu haben. Kurz nach den Hausdurchsuchungen bei mutmaßlichen Bandmitgliedern am 6. Mai wurde ein Spendenaufruf gestartet. Genutzt wird dafür ein Konto bei der Volksbank Dortmund. „Da der Widerstand jetzt vor Gericht stattfinden muss, kommen nun enorme Kosten auf die Mitglieder dieser Bands zu.“ Aber nicht alle Neonazis wollen für die beiden Bands ins Portmonee greifen. In mehreren Internetforen laufen kontroverse Diskussionen. Einer der Diskussions Teilnehmer: „Ich finde es mehr als in Ordnung, wenn solche Ultra-NS-Bands auf die Fresse fallen.“ Geld in die Kasse bringen soll auch die Veröffentlichung eines Live-Mitschnitts von einem „Oidoxie“-Auftritt am 24. Mai in Süddeutschland.

■ **Dortmund** – Michael Krick, der sich den deutschen Gerichten zwei Jahre lang durch sein Verschwinden in die Niederlande entzogen hatte, ist vom Amtsgericht Dortmund zu einer zehnmonatigen Haftstrafe verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte ihm Volksverhetzung und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vorgeworfen. Im Herbst 2000, so die Einschätzung des Gerichts, soll er versucht haben, die CD „Die Deutschen kommen II“ zu verbreiten. Bei einer Grenzkontrolle in Emmerich hatte der Bundesgrenzschutz die CDs gefunden. Weiteres Beweismaterial war in Kricks Dortmunder Wohnung sichergestellt worden. Den 26-jährigen Neonazi, der im April an die Bundesrepublik ausgeliefert wurde, erwartet ein weiteres Verfahren vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten.

■ **Eisenach** – Der inhaftierte Neonazi Patrick Wieschke (21), der wegen Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion und zwei Körperverletzungsdelikten im Mai 2002 vom Landgericht Mühlhausen zu zwei Jahren und neun Monaten verurteilt wurde, will nach seiner Haftentlassung „ein soziales Fundament für die Fortführung des revolutionären Freiheitskampfes schaffen“. Gelobt wird von Wieschke, vormals stellvertretender Thüringer JN-Landesvorsitzender, die Arbeit der Neonazi-Knasttruppe HNG. Diese sei der „Gegenpol zu Umerziehungsmaßnahmen und Gesinnungsterror in BRD-Vollzugsanstalten.“ Erschienen ist das Interview mit Patrick Wieschke in dem Pamphlet „Ratatösk“ (Untertitel: „Das Fan-Zine aus der Wartburgstadt“). Herausgegeben wird das Blättchen von Roberto Arndt (Postfachadresse in Eisenach).

■ **Hamburg** – Am 26. Juni referiert auf dem Haus der extrem rechten Hamburger Burschenschaft Germania Franz Seidler zum Thema „Vergewaltigung des Völkerrechts im 20. Jahrhundert!“. Seidler ist seit seiner Emeritierung als Professor für Sozial- und Militärgeschichte an der Universität der Bundeswehr in München 1998 in ultrarechten Kreisen ein vielgefragter Referent (Die Deutschen Konservativen, Burschenschaft Danubia, Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt) und Autor (Pour le Merite Verlag, „Das Ostpreußenblatt“, „Deutsche Militärzeitschrift“).

■ **Kaiserslautern** – Rolf Kosiek (GFP-Vorsitzender), Michael Frank (Herausgeber von „Freiheit Wattencheid“, Autor des „Ostpreußenblatts“), Winfried Krauss (Ex-JN-Bundeschef, Ex-NPD-Bundesvorstandsmitglied), Klaus Kunze (JF-Autor) und die NPD-Ideologen Martin Laus und Jürgen Schwab sind als Referenten beim diesjährigen Sommerseminar der NPD-nahen „Deutschen Akademie“ angekündigt, das von 27. bis 29. Juni stattfinden soll. Für das abendliche Programm mit Kabarett und Lieder ist der Liedermacher Friedrich Baunack zuständig. In ihrer Einladung schreiben Laus, Schwab und Dennis Witt (NPD, Halle-Leobener Burschenschaft Germania), dass die Seminare „nicht nur Unterhaltung, sondern vielmehr Denkanstöße zur Heranbildung einer geistigen Elite bieten, wovon die Erneuerung von Volk und Staat auszugehen hat.“ Thematisch will man sich mit dem „Gemeinschafts- und Gesellschaftsbegriff auseinandersetzen“.

■ **Lübeck** – Der in Lübeck einsitzende Rechtsextremist Kay Diesner (30) agitiert auch vom Knast aus. Gegrüßt werden von ihm „alle Kameradinnen und Kameraden“, die mit ihm zusammen „für das Überleben von unserem restdeutschen Volk und unserer weißen Rasse kämpfen!“ Diesner, der mit der „Waffe in der Hand gegen die 'brd' gekämpft hat“, propagiert, dass „echte Kameradinnen und Kameraden und diese Elite von unserem restdeutschen Volk“ im „offenen RaHoWa dafür sorgen“ werden, „dass das deutsche Volk die ZOG Herrschaft überlebt und wieder frei sein wird!“ Veröffentlicht wurde das Interview in der aktuellen Ausgabe des „Lassaner Rundbriefs“ (Untertitel: „stolz, deutsch & treu“). Das in Anklam erscheinende und bundesweit in Neonazi- und Skinkreisen kursierende Blatt huldigt dem einstigen SA-Sturmführer Horst Wessel („Horst wir marschieren wieder und singen deine Lieder!!!“). Diesner wurde 1997 wegen Mordes und Mordversuchs an zwei Polizisten und wegen Mordversuchs an einem Buchhändler zu lebenslanger Haft verur-

teilt. In militanten Neonazi-Kreisen wird Diesner „Kriegsgefangener auf dem Boden unseres Vaterlandes“ verehrt.

■ **Lüneburg** – Die NPD arbeitet am Aufbau eines „Bundesordnungsdienstes“. Dieser soll „bundesweit für Disziplin und Sicherheit bei Kundgebungen und Demonstrationen des nationalen Widerstandes“ sorgen und durch „entschlossenes, sicheres und diszipliniertes Auftreten“ anderen „Kameraden Beispiel und Vorbild sein.“ Vollmundig heißt es dazu in der „Deutschen Stimme“: „Auf Bundes- und Länderebene garantieren wir auf zahlreichen Saal- und Großveranstaltungen der NPD für den Schutz und die ungestörte Ruhe der Veranstaltungsteilnehmer. Wir übernehmen die Absicherung der Veranstaltung vom Treffpunkt bis zum Veranstaltungsende.“ Zu kontaktieren ist der NPD-„Bundesordnungsdienst“ über eine Postfachadresse in Lüneburg. Diese ist identisch mit dem unter anderem von Manfred Börm betriebenen Arbeitskreis für Kultur und Geschichte. Der verurteilte Rechtsterrorist und „Ordnungsdienstleiter“ Börm ist Mitglied des niedersächsischen NPD-Landesvorstandes und des NPD-Bundesvorstandes. Er war einst „Gauleiter Nord“ der Wiking-Jugend.

■ **Mainz/Nürnberg** – Der REP-Landesverband Rheinland-Pfalz hat sich der am 12. Mai 2001 im fränkischen Betzenstein gegründeten Freiheitlichen Initiative Deutschland (FID) unter Führung des ehemaligen BFB-Bundesvorstandsmitglieds Wilfried Biedermann (München) angeschlossen. An der FID-Mitgliederversammlung am 1. Mai in Nürnberg nahm Ewald Stadler, vormals FPÖ-Fraktionsvorsitzender im Wiener Parlament teil.

■ **Neustrelitz** – Kontakt zu „älteren Kameraden aus dem Raum Süd-Mecklenburg bzw. Nord-Brandenburg“, die bereit sind, „eine Brücke zur Jugend zu bauen“, sucht per Anzeige in der Waffen-SS-treuen Monatszeitschrift „Der Freiwillige“ Fabian Fuhrmann (Postfachadresse in Neustrelitz). Fuhrmann gehört der Neonazi-Knasttruppe HNG an.

■ **Saarbrücken** – Auf der 2. Europakonferenz der NPD in Saarbrücken trafen 96 Rechtsextremisten aus verschiedenen europäischen Ländern zusammen; unter anderem aus Frankreich („Jeunesses identitaires, histories et traditions“), Italien (Forza Nuova, Fronte Sociale Nazionale, Nuovo Ordine Europeo), Kroatien, der Schweiz (Außerparlamentarische Opposition der Schweiz, Bernhard Schaub) und Österreich. Vor Ort war auch das Ex-NPD-Mitglied Horst Mahler. Den Liederabend gestalteten „Dr. Merlin“

aus Paris und der brandenburgische NPD-Funktionär Jörg Hähnel.

■ **Schwäbisch Hall** – Uneins präsentiert sich die Neonaziszene bei der Vorbereitung von Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung in Schwäbisch Hall. Gleich zwei Aufmärsche sind geplant. Für den 14. Juni mobilisiert unter dem Label „Nationale Kräfte Baden-Württemberg“ die Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG). Als Unterstützer werden unter anderem die Deutsche Liga für Volk und Heimat und ein Freundeskreis Franz Schönhuber genannt. Am 21. Juni rufen JN und NPD aus Bayern und Baden-Württemberg zu einer Demo auf. Mit von der Partie wollen neben anderen die Kameradschaften Karlsruhe, Schwandorf, Straubing und Passau sein. Ursache der getrennten Demonstrationen sei, „dass es nicht möglich war, sich mit der JN auf einen gemeinsamen Termin zu einigen“, so die BDVG. Hintergrund dürfte sein, dass die BDVG für den 21. Juni eine Sommersonnwendfeier plant. Der Hamburger Neonazi Christian Worch bewies derweil seine tiefe Antipathie gegenüber der NPD. Er werde die zweite Demonstration „nicht weiter bewerben, weil Veranstalter der JN-Bundesvorstand ist“.

Ausland

■ **Russland (Moskau)** – Das russische Justizministerium hat der ultranationalistischen Großrussischen Partei (NDPR) die Parteilizenz entzogen. Damit ist die für ihren Antisemitismus berüchtigte Partei nicht mehr berechtigt, Kandidaten für regionale oder nationale Wahlen aufzustellen. Die offizielle Begründung für den Schritt ist, dass es der NDPR nicht gelungen sei, rechtzeitig in 45 Regionen Parteigliederungen registrieren zu lassen. Die im September 2002 gegründete NDPR gibt an, über 20 000 Mitglieder in 72 Regionen zu verfügen.

■ **Südafrika (Pretoria)** – Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen findet in Pretoria der Prozess gegen 23 Mitglieder der rechtsextremen Gruppierung Boeremag (Burenmacht) statt. Den Rechtsextremisten werden zahlreicher Vergehen, darunter auch Mord, Terrorismus und der geplante Umsturz der Regierung, vorgeworfen. Öffentlich bekannt geworden war die Boeremag, der Ärzte, Farmer und Ex-Mitglieder der Sicherheitskräfte angehörten, vergangenen Oktober nach einer Bombenserie in Soweto. Bisher wurde einer der Angeklagten, Dawid Oosthuizen, nach umfangreichen Aussagen und der Bereitschaft, als Kronzeuge aufzutreten, zu einer achtjährigen Haftstrafe verurteilt.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8
Heft 12/2003 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

■ **USA (Coeur d'Alene, Idaho)** – Die Überbleibsel der Aryan Nations (AN) um den greisen Gründer Richard Butler werden in diesem Jahr aller Wahrscheinlichkeit nach keinen Umzug durch den Ort Coeur d'Alene im nördlichen Idaho machen. Obwohl auch nach der Pfändung des AN-Anwesens im nahen Hayden Lake für den 20. bis 22. Juni 2003 wieder ein AN-World Congress geplant ist – diesmal im Farragut State Park – gelang es der örtlichen Handelskammer, den Rechtsextremisten zuvor zu kommen und ein Straßenfest für dieses Wochenende anzumelden.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.